

**Auszug aus der Niederschrift
30. Sitzung des Rates der Stadt vom 07.07.2025**

- 22.10 Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Neuausrichtung der Container-Standorte in Oberhausen
A/17/6873
geändert beschlossen**

Zur gemeinsamen Beratung mit der Antragsdrucksache A/17/6873 der CDU-Fraktion ruft **OB Schranz** den dazu eingegangenen Änderungsantrag A/17/6873-01 der SPD-Fraktion auf. Er teilt mit, dass beide Drucksachen im Umweltausschuss und im Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss ohne Votum vorberaten worden sind.

Frau Stadtv. Stehr begründet den Antrag der CDU-Fraktion und macht darauf aufmerksam, dass nach Verständigung mit der SPD-Fraktion die Aufnahme eines 5. Punktes vorgesehen ist. Damit wird die Idee aus dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion in den CDU-Antrag aufgenommen und ein gemeinsamer Antrag vorgelegt.

Stadtv. Prohl begründet den Änderungsantrag für die SPD-Fraktion und bestätigt die Ausführungen seiner Vorrednerin. Nach Wortbeiträgen von **Stadtv. Dobnik** und **Frau Stadtv. Stehr** beantragt **Stadtv. Karacelik** die Einzelabstimmung über die fünf Beschlusspunkte.

OB Schranz lässt über den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zunächst einzeln und sodann insgesamt abstimmen. Die Ergänzung ist durch Fettdruck unter dem Punkt 5. kenntlich gemacht.

Der Rat der Stadt – mit Beteiligung des Oberbürgermeisters – fasst einstimmig – bei Enthaltung der AfD-Fraktion – folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zur flächendeckenden strukturellen Neuausrichtung sämtlicher Containerstandorte in Oberhausen zu entwickeln.

Der Rat der Stadt – mit Beteiligung des Oberbürgermeisters – fasst einstimmig – bei Enthaltung der AfD-Fraktion – folgenden Beschluss:

Es soll insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen:

1. Erfassung und kriterienorientierte Bewertung aller vorhanden Depotstandorte für Glas und Papier.

Der Rat der Stadt – mit Beteiligung des Oberbürgermeisters – fasst einstimmig – bei Enthaltung der AfD-Fraktion – folgenden Beschluss:

2. Installation von Vollunterflurcontainern für Weiß- und Buntglas sowie für Papier und die Integration des Systems in bestehende Smart-City-Infrastrukturen zur optimierten Leerungsplanung (Füllstandsmesser).

Der Rat der Stadt – mit Beteiligung des Oberbürgermeisters – fasst einstimmig – bei Enthaltung der AfD-Fraktion – folgenden Beschluss:

3. Optische und technische Gestaltung bzw. Ausstattung der Standorte. Hierbei ist

vorzusehen:

- eine sicherheitstechnisch sinnvolle und ansprechend gestaltete Begrünung
- präsenzgesteuerte Beleuchtung
- Kurzzeitparkflächen zur Entsorgung
- integrierte Müllbehälter für Restabfälle

Der Rat der Stadt – mit Beteiligung des Oberbürgermeisters – fasst mit großer Mehrheit – gegen die Stimmen der LINKE.LISTE-Fraktion und bei Enthaltung der AfD-Fraktion – folgenden Beschluss:

4. Prüfung, ob an besonders belasteten und bereits dokumentierten Problemstandorten, eine Videoüberwachung nach § 20 DSG NRW rechtlich zulässig ist.

Der Rat der Stadt – mit Beteiligung des Oberbürgermeisters – fasst einstimmig – bei Enthaltung der AfD-Fraktion – folgenden, um Punkt 5. ergänzten Beschluss:

- 5 Bei Umbaumaßnahmen bzw. Bodenarbeiten in den Innenstädten ist zu prüfen, ob vorhandene Hausmüllcontainer bzw. Tonnenstellplätze durch Vollunterflur- oder Teilunterflurcontainer ersetzt werden können. Dies soll auch für solche Örtlichkeiten gelten, wo Anwohnerinnen und Anwohner aufgrund des begrenzten Platzangebotes ihre Müllbehälter bisweilen im öffentlichen Raum abstellen.**

Der Rat der Stadt – mit Beteiligung des Oberbürgermeisters – stimmt einstimmig – bei Enthaltung der AfD-Fraktion – der Einleitung und den Punkten 1., 2., 3. und 5. sowie mit großer Mehrheit – gegen die Stimmen der LINKE.LISTE-Fraktion und bei Enthaltung der AfD-Fraktion – dem Punkt 4. des gemeinsamen Antrags der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zu.